

Was tun?! Netzwerk



Kritik vom „Was tun“-Koordinierungskreis an dem „Putsch von oben“ zur Kandidatenpräsentation zur EU-Wahl durch die Parteiführung

Die Vorsitzenden der Partei Die Linke haben am 17.07.2023 ohne Absprache mit den zuständigen Parteigremien ihre Spitzenkandidat/innen für die Wahl zum EU-Parlament im kommenden Jahr der Öffentlichkeit präsentiert. Das selbsternannte Team – bestehend aus dem Parteivorsitzenden Martin Schirdewan, der Klima- und Flüchtlingsaktivistin Carola Rackete, der MEP Özlem Demirel und dem Sozialmediziner Gerhard Trabert – schafft Fakten. Der Bundesausschuss der Partei, in dessen Kompetenzbereich der Vorschlag für die Aufstellung einer Europaliste fällt, wurde faktisch kaltgestellt. Diesem bleibt nur noch die Wahl zwischen der Absegnung dieser putschartigen Aktion oder einen Eklat zu riskieren. Dasselbe gilt für den Bundesparteitag, der abschließend über die Liste der Kandidierenden zu entscheiden hätte. Es handelt sich um einen „Putsch von oben“. Mit der eigenmächtigen und satzungswidrigen „Installierung“ des „Spitzenteams“ wird bewusst und absichtlich der Konflikt bis zur endgültigen Bruchlinie hin verschärft – die drohende Spaltung der Partei wird faktisch von der Parteiführung vollzogen.

Carola Rackete – bewegungsorientierte „Spitzenkandidatin“

Wenn die von Carola Rackete mustergültig gelebte Solidarität mit den Opfern der EU-Abschottungspolitik im Mittelmeer mit der Anschlussfähigkeit an die Kriegspolitik der EU verbunden wird und wesentliche Teile der Begründungen für die Kriegspolitik der EU übernommen werden, dann wird jede Orientierung und die Reflexionsfähigkeit der Partei DIE LINKE verloren gehen.

Denn, die Menschen, deren Leben Carola Rackete im Mittelmeer rettete, sind Opfer der vom „Wertewesten“ betriebene Ausplünderung des Globalen Südens – auch durch die EU. Nicht zuletzt deshalb findet der „Wertewesten“ mit seiner Politik gegenüber Russland im Rest der Welt keine ungeteilte Zustimmung. Dieser Einsicht verweigert sich die Parteiführung und die von ihnen vorgeschlagene Spitzenkandidatin. Stattdessen wird zunehmend die eurozentristische Sichtweise übernommen und mit etwas menschenrechtlichen Aktionen und Rhetorik moralisch bemäntelt. Ein Blick über den Tellerrand, die Sichtweise des Globalen Südens zu verstehen, also ein Politikverständnis, was zum LINKEN Selbstverständnis gehörte, findet schlichtweg nicht mehr statt.

Bruch mit bisheriger linker Politik und Programmatik

Im Anschluss an die Pressekonferenz der Parteivorsitzenden führte Carola Rackete eine eigene Pressekonferenz der „Bewegungsaktiven“ mit Unterstützung beider Parteivorsitzender durch. Carola Rackete und ihr Umkreis übten auf dieser Pressekonferenz Kritik an der LINKE und forderten einen Politikwechsel in der Außenpolitik der Partei. Sie forderten eine Unterstützung des „ukrainischen Widerstands“. Jedoch unreflektiert Partei zu ergreifen zu Gunsten einer Konfliktseite, hier der Ukraine, bedeutet eben auch, den NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland zu unterstützen.

Und das ist der Kern der Position, welche Carola Rackete und ihre Aktivisten mit Unterstützung der Parteivorsitzenden der LINKEN aufzwingen wollen. Es ist die direkte Aufforderung, mit unseren bisherigen internationalistischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Positionen, wie sie im Erfurter Programm festgehalten sind, zu brechen.

Und dies wird zur unumkehrbaren innerparteilichen Spaltung führen. Entweder gelingt es noch, diesen Kurs der LINKEN aufzuhalten oder die Gründung von etwas Neuem wird unvermeidlich. Die letzte Chance ist der nächste Bundesparteitag im November.

Spaltung der Partei als Voraussetzung für eine „disruptive Neugründung“ der LINKEN als linksliberale Systempartei

Mit der Erklärung des Parteivorstandes vom 10. Juni 2023 hat die Parteiführung der DIE LINKE einen langen Streit um die Personalie Sahra Wagenknecht und der damit verbundenen strategischen Ausrichtung beendet.

Die bereits in Umsetzung befindliche strategische Neuausrichtung der Partei – auch personifiziert durch Carola Rackete – wurde ideologisch flankiert durch den RLS-Institutsvorsitzenden Mario Candeias.

M. Candeias plädiert unverhohlen für eine „Disruptive Parteineugründung“. Dies, lässt erahnen, dass der aktuelle Putsch von oben mit aktiver Spaltungsabsicht von langer Hand geplant war. Mit „disruptiv“ ist die Trennung vom bisherigen Programm und jenen Mitgliedern gemeint, die den Charakter der Linken als sozialistische Kraft erhalten wollen.

Diese neue andere Partei wird eine Partei sein, die den linken Flügel des transatlantischen Linksliberalismus verkörpert (Candeias). Mit der ursprünglichen LINKEN wie sie 2007 gegründet wurde, hat dies nichts mehr zu tun.

Keine grundlegende EU-Kritik

Die Politik der Linken wird immer angepasster und fordert nur noch systemimmanente Veränderungen im bestehenden EU-System. Neben der Tatsache, dass die EU ein militaristisches und imperialistisches Bündnis ist, welches entsprechend der Lissaboner und Maastrichter Verträge zum Nutzen der Konzerne aufgebaut wurde, befindet sich diese EU in der Krise. Die Wahlen zum EU-Parlament 2024 werden Wahlen in der Krise sein. Nichts davon spiegelt sich in den vom PV diskutierten Entwurf eines Europawahlprogrammes, noch in den Aussagen der designierten Spitzenkandidatin Carola Rackete wider. Kritik an der EU reduziert sich im Wesentlichen auf die Flüchtlingsfrage und dem zu hohen Einkommen von Konzernen.

Wir, das „Was tun“-Netzwerk, stellen einen anderen, einen grundsätzlich EU-kritischen Ansatz zur Debatte:

Die antikolonialen und gegen die Weltherrschaft des Dollarsystems gerichteten Neuordnungsprozesse des Globalen Südens, die Ausweitung des BRICS- Systems, der EU-CELAC-Gipfel im Juli in Brüssel zeigen unmissverständlich, dass die Zeiten der Vorherrschaft des „Wertewestens“ vorbei sind. Dies zeigt sich auch an der hartnäckigen Weigerung des Globalen Südens, sich in den Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland oder einen zukünftigen gegen China hineinziehen zu lassen.

Die Partei, die wir wollen

Geht es nach dem Parteivorstand, befindet sich eine neue LINKE bereits im Entstehungsprozess. Eine LINKE mit neuen Mitgliedern, neuen Wählern, neuen Botschaften und sicherlich auch bald mit einem neuen Programm. Die Rechtsentwicklung in der Partei ist auch Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Wir haben die viel zitierte soziale Spaltung, die auch zur kulturellen Spaltung geworden ist. Eliten dominieren immer den gesellschaftlichen Diskurs. Und zu diesen Eliten zählen inzwischen auch die linksliberalen Vertreter unserer Partei, die sich mittlerweile dem globalen Kapital zugehöriger fühlen als der Arbeiterklasse.

DIE LINKE wendet sich außer in Lippenbekenntnissen schon seit langem nicht mehr diesen Menschen zu. Sie hat längst ihren Auftrag als sozialistische Partei, für genau diese große Bevölkerungsgruppe bedingungslos einzutreten, abgeworfen.

Das nehmen auch die Menschen aus diesen Milieus so wahr, weshalb sie DIE LINKE nicht mehr als ihre Interessenvertretung verstehen. Entsprechend sehen die Wahlergebnisse für DIE LINKE seit 10 Jahren aus.

Genau das ist die Partei, die wir nicht wollen: Wir wollen eine Partei, die sich ihrer zentralen Rolle bewusst ist, die Klassengesellschaft in jeder ihrer Ausprägungen sichtbar zu machen und ihr den Kampf anzusagen. Die ihre Programmatik und Praxis danach ausrichtet. Und die gezielt ArbeiterInnen anspricht, gewerkschaftliche AktivistInnen und nicht nur FunktionärInnen gewinnt. Eine Partei, die ein Diskussionsklima herstellt, in welchem die nicht akademisch Geprägten mithalten können, in dem sie lernen, ihre grundlegenden Interessen zu artikulieren und Funktionen in der Partei übernehmen können, um nur einige Aspekte zu nennen.

Das alles heißt konkret, uns auf den schwierigen Weg einer Klassenpartei für breite Mehrheit der Lohnabhängigen zu begeben.